

## DOSSIER: GEORGIEN

GEORGIENS NIEDERLAGE

# Die Kraft der Waffen

**Was er mit dem Einrücken seiner Armee nach Südossetien auslöste, kann der georgische Präsident Saakaschwili nicht gewollt haben. Loyalität gilt ihm als oberstes Gebot - und diese gedachte er auch von den Partnern im Westen zu bekommen. Doch zwischenstaatliche Beziehungen funktionieren anders.**

Zwar hatte Russland mit der Unterzeichnung des Waffenstillstands zugesichert, seine Truppen aus Georgien abzuziehen, doch zumindest bis Anfang der Woche war davon kaum etwas zu merken. Im Gegenteil, russische Truppen blieben weit hinter der Grenze von Südossetien und wurden überwiegend in Gori stationiert. Berichten zufolge patrouillierten sie in den Straßen, zündeten Dörfer an, misshandelten die Bevölkerung. In den westgeorgischen Städten Senaki und Sugdidi wurden georgische Militärbasen von russischen Soldaten geplündert, und vergangenen Sonntag wurde die nahe Tiflis gelegene Eisenbahnbrücke und damit die wichtige Verkehrsverbindung zwischen Ost- und Westgeorgien gesprengt.

Das Flüchtlingswerk der Vereinten Nationen UNHCR meldet 110.000 Flüchtlinge, die georgische Regierung spricht von 88.000 auf ihrer Seite. Während jedoch die südossetischen Flüchtlinge unter russischer Obhut wohl ohne viele Probleme in ihre Häuser zurückkehren können, wird die Situation für die georgischen Flüchtlinge immer schwieriger. Denn die jetzt Hinzugekommenen sind

nicht die ersten in Georgien. Seit den Sezessionskonflikten Anfang der Neunzigerjahre haben zehntausende georgische Flüchtlinge keine Aussicht darauf, in ihre Häuser zurückkehren zu können.

Trotz des internationalen Drucks lässt sich Russland Zeit mit dem Rückzug aus dem so genannten Kerngeorgien. Dass sein Militär die südossetischen und abchasischen Territorien aber in absehbarer Zeit wieder verlassen wird, ist äußerst unwahrscheinlich. Einem Bericht der „New York Times“ zufolge hat das russische Militär am Freitag mehrere Abschussanlagen für Kurzstreckenraketen vom Typ SS-21 nördlich der südossetischen Hauptstadt Zchinwali stationiert. Von dieser Stellung aus könnten die Raketen große Teile Georgiens sowie die Hauptstadt Tiflis erreichen.

Das kann Michail Saakaschwili nicht gewollt haben. Er hat offensichtlich falsch spekuliert, als er vor zwei Wochen der georgischen Armee den Befehl zum Einrücken ins abtrünnige Südossetien und zur Beschließung der Hauptstadt Zchinwali gab. Ein militärischer Beistand blieb sowohl seitens der Nato als auch der EU aus. Dennoch wurde die vermeintlich bedingungslose Unterstützung der USA und der Nato-Mitglieder in den georgischen Medien propagiert. In der typisch nationalistischen Manier, die „Reinheit“ der eigenen Nation nicht zu beflecken, wurde die Schuld an der Eskalation dem treulosen Westen und dem „Aggressor“ Russland in die Schuhe geschoben. Statt über die ei-

genen Fehler zu diskutieren und die militärische Niederlage einzugestehen, prahlte die georgische Regierung damit, trotz des Ausfallens der westlichen Hilfe hart gekämpft und zehn russische Kampfflugzeuge abgeschossen zu haben. Die offiziell mit 200 angegebene Zahl der toten Soldaten und Zivilisten wurde seit den ersten Tagen nicht mehr aktualisiert. Russland hingegen spricht von 1.600 Toten.

## Die geopolitische Selbstüberschätzung speist auch den staatlicherseits forcierten Nationalismus in Georgien.

Die Rhetorik und die Handlungsweise der Regierung Saakaschwilis ist ein Erbe stalinistischer, voluntaristischer Kategorien. Diese entstanden während der Auseinandersetzungen krimineller Banden in den Straßen Georgiens, wie zuvor im zaristischen Russland. Dort forderte der Patron von seinen Schützlingen unbedingte Loyalität und die Erfüllung seiner Forderungen. Die Untergebenen erhielten dafür Schutz bei Problemen mit der Polizei, anderen Gangs oder Behörden. Loyalität stand über allem. Diese Tauschbeziehung von Loyalität gegen Schutz wurde im Stalinismus auf den Staatsapparat übertragen. Und ihre Spuren sind auch im heutigen geor-

gischen Staat wirksam. Saakaschwilis Regierung wendete diese Beziehungsform auf Georgiens Verhältnis zu den Nato-Staaten an. Der loyale Schützling Georgien, der mit 2.000 Soldaten im Irak als pflichtbewusster Militärdienstleister gilt und für seine liberalen Reformen von George W. Bush zum „Beacon of Liberty“ erhoben wurde, erwartete den militärischen Schutz von den „befreundeten Staaten“ im Konflikt mit Russland. Doch die georgische Regierung erkennt die sachlich vermittelten Herrschaftsverhältnisse zwischen den modernen Staaten. Stattdessen glaubt sie daran, dass diese Bedingungen einfach durch guten Willen unwirksam gemacht werden könnten.

Diese geopolitische Selbstüberschätzung speist auch den staatlicherseits forcierten Nationalismus in Georgien. Ein weiterer Bestandteil davon ist der Mythos des Opfers und das Sehnen nach dem „Wiedererstarken“ der georgischen Nation. Der Nationalismus wurde seit den Niederlagen in den Konflikten der Neunzigerjahre immer stärker, insbesondere nach der Machtübernahme durch Saakaschwili im Jahr 2003. Im seit 2008 vom Verteidigungsministerium betriebenen Fernsehsender „Sakartwelo“ kann man die Radikalisierung des Nationalismus gut beobachten. Dort laufen Magazinberichte, die die Erfolge bei der Ausbildung des georgischen Militärs feiern und oft unmissverständlich den Kampf in den abtrünnigen Gebieten propagieren. Es ist auch ein Werbefilm zu sehen, in dem georgische

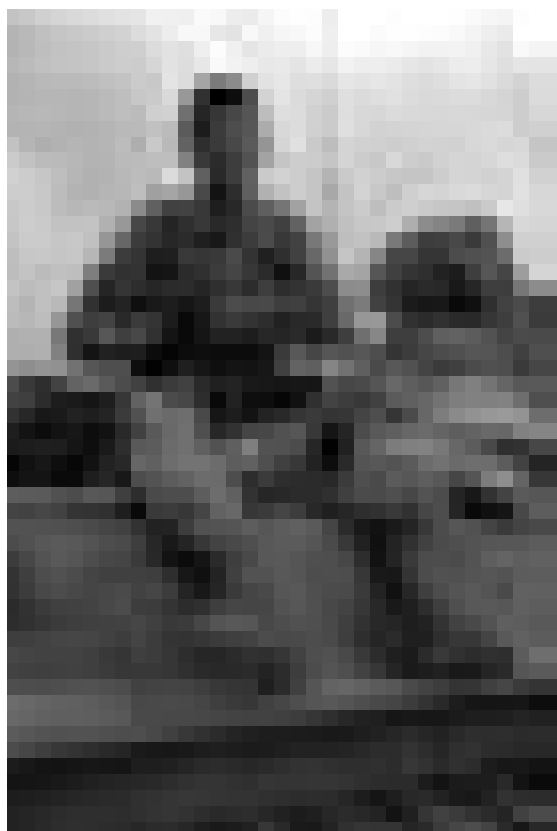
## DOSSIER: GEORGIEN

NEUE WELTORDNUNG

# Geopolitik über die Bande

Anton Landgraf

FOTO: ONNIK KRIKORIAN/FLOCKR



Moskaus Truppen  
lassen sich mit dem  
Abzug Zeit: Russischer  
Soldat an einer  
Straßensperre nahe  
der georgischen  
Stadt Gori.

Jugendliche bei ihrer Einschreibung in die Armee durch die Tore einer Kaserne marschieren, während über dem Bild ein Zitat Adolf Hitlers von 1932 zu lesen ist, nach dem „die verlorenen Territorien (...) einzig und allein nur durch die Kraft der Waffen“ zurückgewonnen werden könnten.

Entgegen allen großenwahnsinnigen Prophezeiungen hat Georgien nun eine schwerwiegende Niederlage erlitten, deren Folgen vor allem die Bevölkerung und die Flüchtlinge zu spüren bekommen. Dennoch bleibt die Selbstverliebtheit der georgischen Regierung unbeirrt. Während das russische Militär das Land besetzt hielt, ließ sie sich auf dem Freiheitsplatz in Tiflis von mehreren Zehntausenden frenetisch bejubeln. Saakaschwili beteuerte, dass Georgien keinen Quadratmeter eigener Territorien an den russischen „Aggressor“ abtreten werde. Dabei werden mit solchen Versprechen, die die realen Kräfteverhältnisse leugnen, und der Fixierung auf den äußeren Feind Russland die wirklichen Probleme übergangen, die Georgien mit den Abchasen und Osseten hat. Anders als im Autonomen Gebiet Adscharien, wo die Georgier die überwiegende Mehrheit stellen, muss in den beiden abtrünnigen Regionen eine Zusammenarbeit und ein vertrauensvoller Umgang mit der Bevölkerung einsetzen, soll eine dauerhafte Lösung der Konflikte und die Rückkehr der alten und der neuen Flüchtlinge überhaupt möglich sein.

Saakaschwili hat schon immer das Zurückholen der abtrünnigen Gebiete

und die Wiederherstellung der territorialen Einheit zum Hauptziel seiner Präsidentschaft erklärt. Bei seiner ersten Vereidigung im Jahr 2004 stand er im Kloster Gelati auf dem Grab von David, dem Erbauer, dem König aus dem 11. Jahrhundert, der Georgien von den Seldschuken befreite und die Grenzen des Landes weit in den Kaukasus ausdehnte. Saakaschwili schwor bei David und mit Tränen in den Augen, Georgien wieder zu vereinen. Es wird sich zeigen, ob die georgische Bevölkerung auch nach dem Abzug der russischen Truppen noch hinter Saakaschwili stehen und ihm seine leeren Heilsversprechen glauben wird.

Devi Dumbadze hat in Tbilissi und Bochum studiert. Er ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Medienwissenschaft der Ruhr-Universität Bochum.

**Nach dem Ende der bipolaren Weltordnung entsteht ein Geflecht aus geopolitischem Großmachtstreben und asymmetrischen wirtschaftlichen, politischen und religiösen Interessen lokaler Oligarchen. Ist der Krieg in Georgien eine Vorschau auf die Struktur der „neuen Kriege“ dieser Zeit?**

Die Reise war ein Alptraum für die Sicherheitsberater und nur mit der Panik zu erklären, die viele ehemalige Ostblockstaaten erfasst hat. Gemeinsam mit dem polnischen Präsidenten Lech Kaczynski trafen die Regierungschefs der drei baltischen Staaten am Dienstag vergangener Woche in Tiflis ein, um Georgien ihrer Solidarität angesichts der „russischen Aggression“ zu versichern. Unterwegs nahmen sie in Kiew noch den ukrainischen Präsidenten Viktor Juschtschenko mit. Ein Attentat oder eine verirrte Rakete über dem Kriegsgebiet hätte auf einen Schlag fünf Staatsoberhäupter gefährdet.

Solche Sicherheitsbedenken erschienen den osteuropäischen Politikern banal angesichts viel größerer Ängste, die das Auftreten Russlands im südlichen Kaukasus bei ihnen provozierte. „Heute Georgien, morgen dann die Ukraine, die baltischen Staaten und Polen“, erklärte der Sprecher des polnischen Präsidenten Lech Kaczynski die Motive für die Reise.

Dass russische Panzer demnächst vor Riga oder Warschau auftauchen, ist nun nicht gerade wahrscheinlich.

Alarmierend für die osteuropäischen Staaten ist es dennoch, dass Russland zum ersten Mal seit dem Ende der Sowjetunion in ein anderes Land einmarschierte - und der Westen außer moralischer Empörung nicht viel dagegenzusetzen hat. Selbst die litauische und die polnische Regierung kritisieren diese Proteste als halbherzig: Während sich die USA zumindest verbal umgehend mit Georgien solidarisierten und Russland ernsthafte Konsequenzen androhten, vermieden insbesondere Deutschland und Frankreich einseitige Schuldzuweisungen.

Plötzlich tut sich die schon fast vergessene Kluft zwischen dem „alten“ und dem „neuen Europa“ erneut auf. In einem Interview mit der polnischen Zeitung „Rzeczpospolita“ kritisierte Präsident Kaczynski, dass die Entscheidungen der EU in der Georgien-Krise „zwischen Berlin und Paris“ getroffen worden seien. „Die Rede von einer gemeinsamen EU-Politik gegenüber Russland ist lächerlich. Wie soll diese Politik sein? Nachgiebig?“ fragte Kaczynski. Die Einstellung Frankreichs und Deutschlands ergebe sich aus „historischen Erfahrungen und Interessen der Wirtschaftsunternehmen“, die in Russland das „große Geld“ verdienen wollten, sagte er. Fast wie aus Trotz stimmte Polen am Wochenende dann der Stationierung des US-Raketenschildes zu - ein klares Zeichen dafür, dass die polnische Regierung im Zweifelsfall eher auf die USA als auf ihre westlichen Nachbarn vertraut.

Den bitteren Geschmack  
der neuen Zeit im Mund:  
Georgiens Präsident  
Michail Saakaschwili bei  
einer Pressekonferenz  
mit US-Außenministerin  
Condoleezza Rice.



FOTO: ONNIK KRKORIAN/Flickr

Das „alte Europa“ hat schließlich durchaus Gründe, vorsichtig zu sein. Seine Energieversorgung ist in hohem Maße von Russland abhängig, dessen Wohlwollen man bei diversen Konflikten von Iran bis nach Darfur benötigt. Jahrelang konnten Europäer die Stimmung in der russischen Regierung ignorieren. Bei dem Krieg gegen Serbien blieben die russischen Proteste ebenso wirkungslos wie bei der Anerkennung des Kosovo.

Das ist nun vorbei. Wegen der enormen Gewinne durch steigende Energiepreise fühlt sich Russland nicht nur ökonomisch, sondern auch politisch wieder in der Lage, seine Interessen offensiv wahrzunehmen. Dazu gehört vor allem, das so genannte nahe Ausland unter Kontrolle zu bringen. Vor allem die zunehmende Ost-Ausdehnung der Nato wirkt auf den Kreml extrem bedrohlich. Vor dem Nato-Gipfel im Frühjahr in Bukarest reagierte die russische Regierung schon fast hysterisch auf einen möglichen Nato-Beitritt der Ukraine und Georgiens.

Mit seinem aggressiven Vorgehen in Südossetien hat Russland deutlich gemacht, dass es künftig nicht mehr klein beigeben will, wenn es seine Belange gefährdet sieht. Es ist auch ein Indiz dafür, dass die Zeiten der vielgeschmähten Unipolarität, in denen die USA die einzige Supermacht waren, vorbei sind. Robert Kagan, einer der bekanntesten Theoretiker der Neokonservativen und Unterstützer von US-Präidentschaftskandidat John McCain, bezeichnete vergangene Woche in der „Washington Post“ den

Krieg gegen Georgien sogar als einen Wendepunkt der Geschichte, „nicht weniger bedeutsam als der 9. November 1989, als die Berliner Mauer fiel“. Seiner Ansicht nach bedeutet die russische Invasion die „offizielle Rückkehr der Geschichte zu einem Wettkampf großer Mächte, fast im Stile des 19. Jahrhunderts, voller nachdrücklicher Nationalismen, Kämpfe um Einflussphären und Territorien, und sogar mit dem Einsatz militärischer Macht zum Erreichen geopolitischer Ziele“.

**Wegen der enormen Gewinne durch steigende Energiepreise fühlt sich Russland nicht nur ökonomisch, sondern auch politisch wieder in der Lage, seine Interessen offensiv wahrzunehmen.**

Dabei hatte sich die Welt gerade an die so genannten asymmetrischen Kriege gewöhnt. Spätestens nach dem 11. September 2001 erklärten fast alle führenden Militärs, dass die Zeit territorialer Auseinandersetzungen zwischen souveränen Staaten vorbei sei. In diesen neuen Kriegen würden nicht mehr konventionelle Armeen, sondern islamistische Terrorgruppen und lokale Warlords dominieren.

So gesehen erscheint der Konflikt zwischen Russland und Georgien

tatsächlich wie ein Relikt aus einem vergangenen Jahrhundert. Nach zahllosen Provokationen ging der autokratisch regierende Präsident Georgiens, Michail Saakaschwili, offenbar davon aus, mit einem schnellen Feldzug die separatistische Region Südossetien besetzen zu können. Die georgische Armee wurde in den vergangenen Jahren unter anderem auch - unter dubiosen Umständen - mit deutschen Waffen hochgerüstet und zum Teil von US-Ausbildern trainiert: Der Militäretat des kleinen Landes stieg in den vergangenen fünf Jahren von 20 Millionen auf 1,5 Milliarden Dollar.

Dass seine Truppen bereits nach zwölf Stunden wieder aus Zchinwali flüchten mussten, lässt darauf schließen, dass die russische Armee nur auf einen solchen wahnwitzigen Angriff gewartet hatte. Anschließend rückten russische Einheiten auf georgisches Territorium vor und lassen seitdem - trotz eines Waffenstillstandes - keinen Zweifel daran, dass sie dort nach Belieben handeln können.

Für Kagan weist dieses Vorgehen auf künftige Konflikte hin, die in der künftigen multipolaren Weltordnung drohen. In Zukunft spielen seiner Meinung nach wirtschaftlich erfolgreiche Staaten wie Russland oder China eine wesentlich größere Rolle. Diese Länder könnten ihre autoritäre Politik mit Massenkonsum und kultureller Freizügigkeit verbinden: Der Kapitalismus funktioniert auch gut ohne Menschenrechte. Der Schrecken des vergangenen Jahrzehnts, der islamistische Fundamentalismus, stellt für Kagan hingegen nicht viel mehr als eine

Art Rückzugsgefecht perspektivloser reaktionärer Mächte dar.

Dass sich diese Entwicklung nicht so linear voraussagen lässt, wie es Kagan macht, zeigt sich allerdings in Südossetien. Dort vermischen sich, ähnlich wie im benachbarten Abchasien oder im moldauischen Transnistrien, geopolitische Interessen und asymmetrische Strukturen. In diesen Ländern, die es eigentlich gar nicht gibt, haben Clan- und Bandenchefs das Sagen, während es für die verarmte Bevölkerung vermutlich kaum eine Rolle spielt, zu welchem Staat sie gehört. In Südossetien sind rund 60 Prozent der Bevölkerung arbeitslos, während eine kleine Clique, die gute Verbindungen zur russischen Regierung unterhält, vom Schmuggel, Waffen- und Drogenhandel profitiert. So schätzt der russische Zoll den Wert der geschmuggelten Waren in Südossetien auf eine halbe Milliarde US-Dollar - bei einer Bevölkerung, die gerade so groß wie die von Luxemburg-Stadt ist. Und in den russischen Nachbarrepubliken Dagestan, Inguschetien oder Tschetschenien warten lokale Clans und islamistische Gruppen nur darauf, ihre eigenen kleinen Reiche zu errichten.

Gut möglich also, dass die Tage der unipolaren Weltordnung gezählt sind, während die Konflikte aus dieser Zeit weiterhin bestehen bleiben. Sicher scheint daher nur eins: Die neue multipolare Ära wird kaum friedlicher sein als die alte Ordnung.

Anton Landgraf ist Publizist und lebt in Berlin.